

Helmut Creutz

Arbeitszeit verlängern oder verkürzen?

Was hilft gegen die Arbeitslosigkeit?

Wenn in einer Gemeinschaft einige hungern und zur Lösung des Problems vorgeschlagen wird, die übrigen sollten noch mehr essen, wären wir wahrscheinlich fassungslos. Wenn in einer Gemeinschaft aber einige ohne Arbeit sind und jemand vorschlägt, die übrigen sollten noch mehr arbeiten, wird so etwas ernsthaft diskutiert! -

Was bewirkt eine Verlängerung der Arbeitszeit?

Eine Steigerung der Arbeitszeit um rund zehn Prozent hat in gleicher Höhe auch eine Steigerung der Leistungen zur Folge. Sie wäre also sinnvoll, wenn auf den Märkten entsprechende Nachfrageüberhänge vorhanden oder zumindest zu erwarten wären, und - das ist die zweite Voraussetzung - keinerlei Reserven auf den Arbeitsmärkten zur Verfügung stünden. Beides trifft jedoch bei uns nicht zu! Wir haben zur Zeit nicht nur eine allgemeine Nachfrageschwäche, sondern auch noch rund vier Millionen Arbeitslose, die vor jeder Arbeitszeitverlängerung erst einmal untergebracht werden müssen! Angesichts der allgemeinen Sättigungserscheinungen und übervollen Läden, die selbst mit Rabatten und Schnäppchenpreisen nicht zu räumen sind, kann eine Verlängerung der Arbeitszeiten also nur zu weiteren Arbeitslosenzahlen führen, keinesfalls jedoch zu ihrer Verringerung!

Hinzu kommt noch ein verstärkendes Problem: Während verlängerte Arbeitszeiten bisher voll bezahlt wurden, sogar mit Überstundenzuschlägen, soll die jetzt diskutierte Verlängerung *ohne* Bezahlung erfolgen, also bei gleich bleibenden Wochen- oder Monatslöhnen! Das aber heißt, die Arbeitnehmer könnten die mehr erzeugten Produkte noch nicht einmal selbst erwerben! Mit diesem Vorschlag wird klar, dass es gar nicht um eine Belebung der Märkte oder gar der Arbeitsmärkte geht, sondern schlicht und einfach um eine weitere Senkung der Lohnkosten, die dazu noch mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden ist!

Selbst wenn mit den Lohnkosten im gleichen Umfang auch alle Preise sinken, würde lediglich der Status quo gewahrt, also gleiche Nachfrage bei gleichbleibender Arbeitslosigkeit. Da mit der Senkung der Löhne jedoch nur die Arbeitskosten zurück gehen, ist diese Wahrung des Status quo noch nicht einmal möglich! Das wäre nur der Fall, wenn auch die Kapitalkosten im gleichen Umfang wie die Löhne sinken würden!

Welche Wechselwirkungen gibt es mit Exporten und der Globalisierung?

Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich und damit sinkende Lohnstückkosten könnten selbstverständlich über sinkende Exportpreise zu verbesserten internationalen Absatzchancen führen. Doch sinkende Exportpreise würden nur dann die Beschäftigungslage in unserem Land positiv beeinflussen, wenn es heute, auf Grund zu hoher Löhne, Schwierigkeiten bei den Exporten und Importüberhänge gäbe! Sehen wir uns aber die Statistiken an, dann sind wir nicht nur vom Volumen her "Exportweltmeister", sondern erwirtschaften auch noch die größten Exportüberschüsse! Das aber heißt, wir exportieren weit mehr als wir selbst aus dem Ausland benötigen! Dass wir damit schon seit Jahren und Jahrzehnten andere und meist schwächere Länder zur Finanzierung ihrer Importe in die Schuldnerrolle treiben, sei nur am Rande erwähnt!

Es mag durchaus sein, dass diese langjährige Überlegenheit der deutschen Wirtschaft im Zuge der weiteren Globalisierung gefährdet ist. Doch warum sollte es eigentlich so tragisch sein, wenn wir diese Überlegenheit auf den Exportmärkten etwas reduzieren und den Platz des Exportweltmeisters einmal anderen überlassen? Auch den Ländern mit geringeren Exportanteilen geht es gut und außerdem wären wir, bei geringerer Exportorientierung, auch der Billigkonkurrenz anderer Länder bei den Importen weniger ausgesetzt!

Weiterhin mag es auch unvermeidlich sein, dass die weltweiten Handelsbeziehungen nach und nach zu grenzüberschreitenden Angleichungen der Arbeitseinkommen führen, die für uns vielleicht mit Abstrichen zu Gunsten ärmerer Länder verbunden sind. Doch auch solche Anpassungen in Richtung eines fairen und gerechten Welthandels könnten nur nachhaltig zu Stande kommen, wenn sich - wie bereits bei den Lohnsenkungen erwähnt - auch die Kapitalansprüche diesen Entwicklungen unterordnen würden!

Wie wäre Vollbeschäftigung zu erreichen?

Vollbeschäftigung und damit Abbau der Arbeitslosigkeit ist in jeder Gemeinschaft zu jeder Zeit zu verwirklichen, wenn die vorhandene Arbeit und der damit verknüpfte Lohn auf alle Arbeitswilligen flexibel verteilt wird. Flexibel verteilen heißt zuerst einmal, dass bei rückläufigem Arbeitsbedarf, statt der Zahl der *Arbeit/leistenden*, die Zahl der *Arbeitsstunden* verringert wird. Weiterhin heißt flexible Verteilung, dass die Arbeitszeiten in den einzelnen Unternehmen, je nach Auftragslage und Bedarf, verändert werden können. Vor allem aber heißt flexible Verteilung eine stärkere Entkopplung der Arbeits- und Betriebszeiten. Denn eine Verlängerung der Betriebszeiten eines Unternehmen von zum Beispiel 8 auf 10, 12, 14 oder 16 Stunden täglich, würde vermehrt variable Schichtzeiten von 4, 6 und 8 Stunden ermöglichen und den Teilzeitwünschen der Arbeitnehmer entgegenkommen. Mit verstärkter Teilzeitarbeit und damit verkürzter individueller Arbeitszeit, würden also zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, wie z.B. in den Niederlanden der Fall.

Aber auch bei uns haben verkürzte Arbeitszeiten vielfach zu mehr Einstellungen geführt. Zum Beispiel bei VW oder Opel, wo durch wöchentliche Arbeitszeiten von etwa 30 Stunden eine zusätzliche vierte Wochenschicht eingestellt werden konnte. Ein weiterer Vorteil kürzerer Arbeitszeiten ist außerdem die zunehmende Effektivität je Arbeitsstunde, die zusätzliche Zeiteinsparungen und mehr Freizeit ermöglicht.

Weiterhin führen verlängerte Betriebs- und Maschinenlaufzeiten zu geringeren Investitionen und vor allem einer besseren Ausnutzung der Anlagen, was sinkende Kapitalkosten zur Folge hat, zumindest ihren verlangsamten Anstieg.

Hilft mehr Wachstum weiter?

Als weiteres Patentrezept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit wird von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und allen Parteien (inzwischen sogar bis zu den Grünen!) mehr Wirtschaftswachstum gefordert. Die Frage *warum* wir eigentlich ständiges und möglichst steigendes Wachstum brauchen, obwohl unsere Märkte bereits übersättigt sind, wird nicht gestellt.

Dabei müsste eigentlich jedem klar sein, dass in einer begrenzten Welt ständiges Wachstum unmöglich ist! Schon heute produzieren und verbrauchen wir, in realen Größen gerechnet, bereits das Siebenfache jener Mengen, mit denen wir 1950 angefangen haben! Doch warum sehen alle Politiker trotzdem immer wieder rot, wenn es zu einem "Nullwachstum" kommt? Dabei ist eine solche Stabilisierung auf gleichem Niveau mit keinerlei Verlusten verbunden! Denn bei gleich bleibender Leistung wird doch genau so viel produziert wie im Jahr zuvor, und auch gleich viel verdient! Damit aber vermehren sich auch die langlebigen Güter, die Vermögen und damit der gesamte materielle Wohlstand im gleichen Umfang wie im Jahr zuvor!

Zweifellos *kann* mit Wachstum ein Mehr an Arbeitskräften eingebunden werden, allerdings ist das keinesfalls die Regel. Denn Wachstum in der Wirtschaft ist durch technologische Weiterentwicklungen auch ohne Zunahme der Beschäftigtenzahlen ständig möglich, ja sogar bei ihrer Reduzierung! Deshalb konnten wir in der Vergangenheit auch laufend unsere Arbeitszeit verkürzen, von 60 Wochenstunden vor hundert Jahren auf heute kaum noch 40 Stunden! Doch als Garant für den Abbau der Arbeitslosigkeit hat mehr Wachstum schon in der Vergangenheit versagt:

Trotz durchschnittlicher realer Wachstumsquoten von drei Prozent, nahm zwischen 1970 und 2000 die Arbeitslosigkeit von 150 Tausend auf 4 Millionen zu und stieg damit auf rund das 24-fache! Und wenn in diesen drei Jahrzehnten, *trotz* des enormen Wirtschaftswachstums, die Arbeitslosigkeit in diesem Umfang angestiegen ist - wieviel Prozent Wachstum brauchen wir dann zukünftig, um neben dem Erhalt der Arbeitsplätze auch noch den Berg der 4 Millionen abzubauen?

Was sind die tieferen Ursachen unserer Arbeitsmarktprobleme?

Wenn man ein Problem wirklich lösen will, ist es zweckmäßig, zuerst einmal die Ursachen zu ergründen, die zu ihm geführt haben.

So lange in einem Land die Einkommen den Leistungen entsprechen und diese Gesamteinkommen auch zur Nachfrage werden, bleibt der Geld- und Wirtschaftskreislauf geschlossen: Alle Leistungen finden Absatz und alle Arbeitleistenden behalten Arbeitsplatz und Lohn! Das hat in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit so gut geklappt, dass wir uns bei ständig reduzierten Arbeitszeiten immer mehr leisten konnten. Genügt uns die heute erreichte Versorgung, dann können wir in Zukunft den weiteren technologischen Fortschritt im vollen Umfang in weitere Arbeitszeitreduzierungen und damit Freizeit umsetzen (womit wir unserer

Umwelt und damit uns selbst einen Gefallen tun!) und außerdem, durch zusätzliche Reduzierungen der Regelarbeitszeiten, die noch Arbeit Suchenden in den Wirtschaftsprozess integrieren. Und selbst wenn die Bruttolöhne dabei um zehn Prozent sinken: Die Nettoeinkommen blieben fast unverändert, weil die bisher ausgegrenzten zehn Prozent der Arbeitssuchenden nicht mehr von den Arbeitshabenden durchgefüttert werden müssen, von den eingesparten Kosten für seelische Erkrankungen, zunehmende Kriminalität usw. nicht zu reden!

Entscheidend ist nur, dass der Gesamtlohn der Arbeitleistenden und damit die gesamte Kaufkraft nicht rascher sinkt als der Wert der von ihnen geschaffenen gesamten Leistungen. Einfacher ausgedrückt: Dass der Lohn zum Kauf der eigenen Produkte reicht! Geht man von der Tabelle 1 aus, scheint das in unserer Volkswirtschaft vordergründig gesichert:

Tabelle 1 - Entwicklungsvergleich BIP und Löhne in Milliarden Euro

	1950	2000	Anstiegsfaktor:
Bruttoinlandsprodukt:	49,7	2030	x 40,8
Bruttolöhne und -gehälter:	22,3	885	x 39,7
Nettolöhne und -gehälter:	19,6	571	x 29,1

Bruttolöhne und -gehälter sind nach diesen Zahlen fast im gleichen Umfang angestiegen wie die Wirtschaftsleistung. Die Nettogrößen fielen zwar in Folge steigender Abzüge immer mehr zurück, aber diese Abzüge werden von anderen wieder ausgegeben, nicht zuletzt auch durch die Arbeitslosen, die hieraus ihre Unterstützung erhalten. Dieses ausgeglichene Bild sieht jedoch anders aus, wenn man die Veränderungen im Bereich der Erwerbstätigen mit einbezieht:

Tabelle 2 - Entwicklung Einwohner und Erwerbstätige in Millionen

	1950	2000	Anstiegsfaktor:
Zahl der Einwohner:	50,0	82,2	x 1,6
Zahl aller Erwerbstätigen:	20,4	38,7	x 1,9
davon:			
Zahl der Arbeitnehmer (in %):	14,0 (69)	34,7 (90)	x 2,3
Zahl der Selbständigen (in %):	6,4 (31)	4,0 (10)	x 0,6

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, ist die Zahl der Erwerbstätigen deutlich stärker angestiegen als die Zahl der Einwohner. Nochmals stärker, nämlich fast um die Hälfte mehr als die Einwohnerzahlen, nahm die Anzahl der Arbeitnehmer innerhalb der Erwerbstätigen zu, während die der Selbständigen deutlich zurückfiel.

Berücksichtigt man diese Anteilsverschiebungen zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen, dann hätten die Bruttolöhne von 1950 bis 2000 nicht im Gleichschritt mit dem BIP, sondern viel deutlicher ansteigen müssen! - Dieser zu geringe Anstieg der Löhne, gemessen an der gesteigerten Leistung, tritt besonders hervor, wenn man die Pro-Kopf-Größen in Tabelle 3 betrachtet:

Tabelle 3 - Entwicklung der Pro-Kopf-Größen in Euro per anno

	1950	2000	Anstiegsfaktor:
Bruttoinlandspr. je Einwohner:	994	24.966	x 24,8
Bruttolohn je Arbeitnehmer:	1.492	25.530	x 17,1
Nettolohn je Arbeitnehmer:	1.306	16.513	x 12,6

Obwohl die Anzahl der Arbeitnehmer deutlich stärker anstieg als die der gesamten Erwerbstätigen, blieben also die Brutto-Arbeitnehmereinkommen um rund ein Drittel hinter dem Anstieg des BIP zurück, die Nettoeinkommen sogar fast um die Hälfte! Zu erklären ist dieser Sachverhalt der zurückfallenden Lohngrößen nur durch andere Einkommensansprüche, die in einem entsprechenden Übermaß angestiegen sind.

Die Überentwicklungen im monetären Bereich

Bekanntlich wird das Volkseinkommen zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt, auf deren Einkünfte der Staat dann wieder zurückgreift. Bei der Aufteilung des Volkseinkommens nimmt jedoch der Anspruch des Kapitals, vor allem der des Geldkapitals, bereits seit langem in einem immer größeren Umfang zu.

Ursache der Verteilungsverschiebungen innerhalb des Volkseinkommens ist also weniger - wie oft vermutet - ein überzogener Anstieg der Einkünfte aus Arbeit und Unternehmertätigkeit, als jener aus Geldvermögen! Da die den Geldvermögen gegenüber stehenden Schulden als Fremdkapital vor allem die Unternehmen belasten, geraten diese sogar zunehmend in Zahlungsschwierigkeiten, wie sich an den Entwicklungen der Firmenpleiten ablesen lässt.

Die Größenordnungen dieser monetären Überentwicklungen gehen aus der Tabelle 4 hervor:

Tabelle 4 - Entwicklung Geldvermögen und Zinsströme in Mrd. Euro

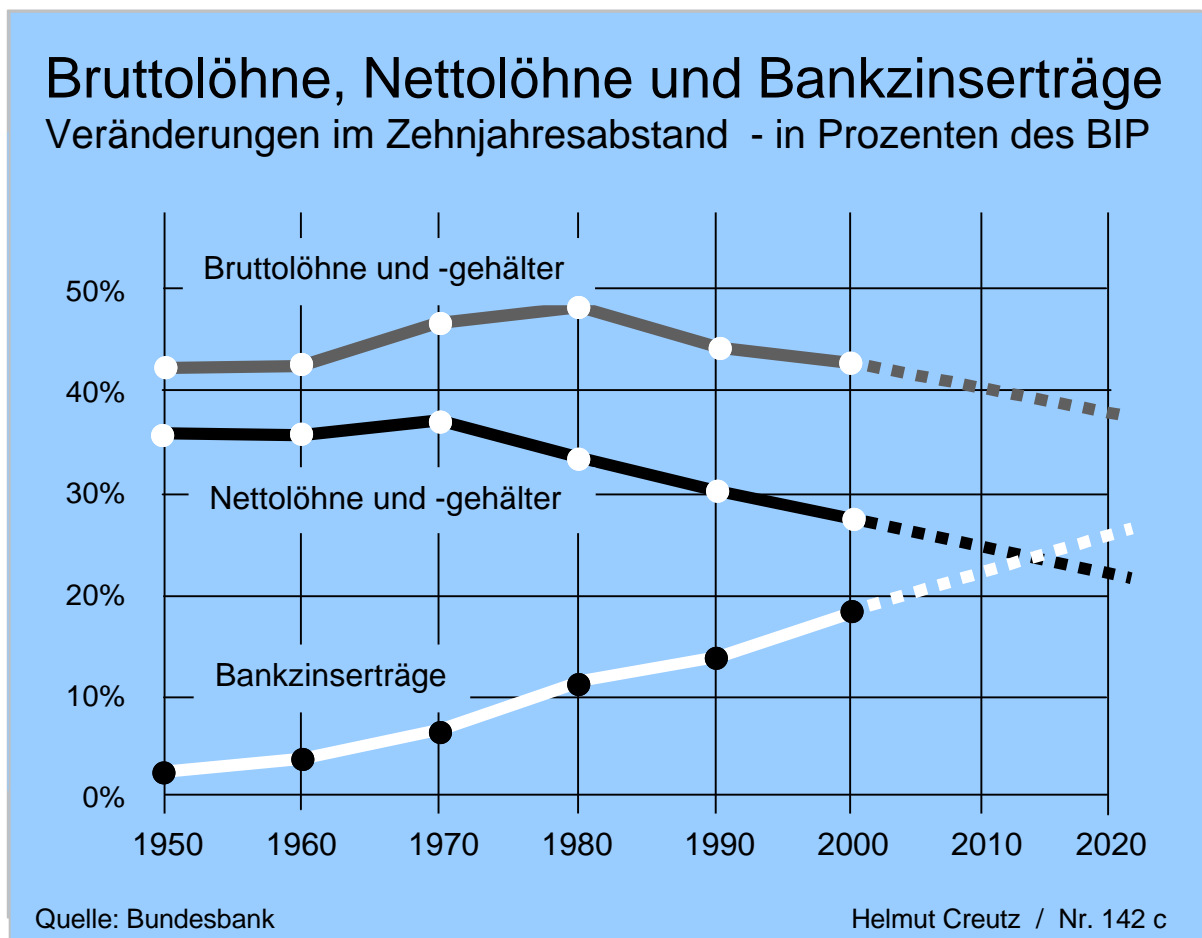
	1950	2000	Anstiegsfaktor:
Geldvermögen:	30,3	6.285	x 207
Bankzinserträge:	1,6	370	x 231
Bankzinsauszahlungen:	1,2	293	x 244
BIP zum Vergleich:	49,7	2.030	x 41

Wie die Multiplikatoren zeigen, sind die Geldvermögen und Zinsströme fünf bis sechs Mal so stark angestiegen wie das BIP. Während die Geldvermögen 1950 erst bei 60 Prozent des BIP lagen, erreichten sie im Jahr 2000 bereits 300 Prozent, also das Dreifache der jährlichen Wirtschaftsleistung!

Wichtiger als diese Bestandsgröße des Geldvermögens sind für unsere Betrachtung jedoch die damit verbundenen Last- bzw. Einkommensgrößen. Zieht man dafür die

oben angeführten Zinsstromgrößen heran, die jährlich von der Deutschen Bundesbank ausgewiesen werden, dann lagen die Bankzinserträge im Jahr 2000 mit 370 Mrd Euro bereits bei 44 Prozent der Bruttolöhne oder 65 Prozent der Nettolöhne, bzw. bezogen auf die Steuereinnahmen bei 74 oder den Bundeshaushalt bei 137 Prozent!

Die Gegenläufigkeit der Zins- und Lohnentwicklungen wird besonders gut erkennbar, wenn man sie, wie in der Darstellung, in Prozent des BIP umrechnet. Wie daraus ersichtlich, sind die Bruttolöhne, gemessen an der Wirtschaftsleistung, bis 1980 leicht gestiegen um bis 2000 wieder auf den Stand von 1950 abzusinken. Auch hier zeigt sich wieder, dass trotz der erheblichen Ausweitung des Arbeitnehmeranteils an der gesamten arbeitenden Bevölkerung, und trotz des damit verbundenen größeren Anteils an der Wertschöpfung, diese Bruttolohngröße in Prozenten des BIP praktisch gleich blieb und damit relativ zurückfiel. Noch dramatischer war die Entwicklung der Nettolohngröße, die nicht nur relativ zurückblieb, sondern ab 1970 auch absolut von 37 auf 28 Prozent des BIP sank. Das aber heißt, trotz erheblicher Zunahme der Arbeitnehmerzahlen ging die Summe der Nettolöhne, gemessen an der erbrachten Wirtschaftsleistung, um ein Viertel zurück! Da dieser absolute Rückgang die Kaufkraft entsprechend verringerte, erklärt sich auch die den Verbrauchern immer wieder vorgeworfene Nachfrageabstinentz!



Warum diese Lohngrößen im Widerspruch zur Wirtschaftsentwicklung zurückgefallen sind und warum sich damit die Arbeitslosigkeit verstärken musste, geht aus der dritten Kurve in der Darstellung hervor, welche die Entwicklung der bereits in Zahlen angeführten Bankzinserteile optisch wiedergibt. Denn gemessen an der Wirtschaftsleistung stieg diese Zinsbelastungsgröße in den 50 Jahren von 3,2 auf 18,2 Prozent des BIP an. Da aber auch in jeder Volkswirtschaft der erarbeitete "Kuchen" nur ein Mal verteilt werden kann, das Geldkapital bei dieser Verteilung mit seinem im Voraus festgelegten Anteil (resultierend aus Kreditmasse mal Zinssatz!), jedoch immer den Erstzugriff hat, muss sich die Arbeit zwangsläufig von Jahr zu Jahr mit weniger zufrieden geben! Verändert man nichts an den in unserer Wirtschaft wirkenden destruktiven Mechanismen, dann werden in etwa zehn Jahren, wie in der Darstellung angedeutet, die Schuldzinsbelastungen die Nettolöhne übersteigen!

Wären dagegen Geldvermögen und Zinslasten - wie fast alle anderen Größen in unserer Volkswirtschaft - im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung gewachsen, hätte die Zinsbelastung im Jahr 2000 statt bei 370 Mrd Euro nur bei 65 Mrd Euro gelegen! Die Volkswirtschaft wäre also um 305 Mrd Euro weniger belastet gewesen als dies im Jahr 2000 der Fall war. Mit dieser Entlastung hätte man nicht nur die Bruttolöhne auf die ihnen zustehende Größe aufstocken, sondern auch die vielen Löcher in den öffentlichen Kassen stopfen können!

Bedenkt man, dass die Bruttolohnkosten für eine Million Arbeitnehmer heute bei 33 Mrd Euro liegen, hätte schon eine Halbierung der Zinssätze und damit der Zinslasten für die Lohnzahlungen von sechs Millionen Arbeitnehmern gereicht! Und wären gar die Zinssätze auf den Kapitalmärkten mit den zunehmenden Sättigungen marktgerecht gegen Null gesunken, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten selbstverständlich ist, dann wären wir nie in diese finanziellen Sackgassen geraten, in denen wir heute stecken, vor allem im Sozialbereich!

Selbstverständlich hätten bei marktgerecht sinkenden Zinsen auch die Geldvermögen langsamer zugenommen. Aber neben dem Vorteil verringerter sozialer Spannungen, wäre damit auch der Zwang zur ständigen Höherschuldung entfallen, die uns heute zu einem ständigen Wirtschaftswachstum und in die vielseitig beklagte Globalisierung zwingt. So aber sind wir - wie bei einem Pyramidenspiel - zu immer weiteren Ausdehnungen des kapitalistischen Systems gezwungen, zu einem "Wachstum um jeden Preis", selbst um den der Umweltzerstörung!

Die Auswirkungen auf die Nachfrage

Klammert man die mit diesen Über- bzw. Auseinanderentwicklungen verbundenen Aspekte aus, dann könnte man sagen, dass es für eine Volkswirtschaft gleichgültig ist, wohin letztlich die Einkommen fließen, Hauptsache, sie werden wieder zur Nachfrage! Doch abgesehen von den sozialen Folgen, ist mit der heute ständig zunehmenden Umverteilung von der Arbeit zum Besitz auch ein Nachfrageproblem verbunden. Denn die Zinseinkommen fließen überwiegend in Kassen, deren Bedarf weitgehend gedeckt ist, während im gleichen Umfang das Geld in jenen Kassen fehlt, die noch Bedürfnisse haben. Durch diese Konzentration der Einkommen in den "Kassen ohne Bedarf" (Dieter Suhr) kommt es nicht nur zu fehlender Kaufkraft in den "Kassen mit Bedarf", sondern auch zu anderen Störungen des Nachfragekreislaufs. Denn das überschüssige Geld bei den Zinsbeziehern kann weitgehend nur über Kredite wieder in den Kreislauf zurück geschleust werden. Jede Rückführung über

diesen Kredit-Umweg vergrößert jedoch die von der Mehrheit zu tragenden Zinslasten und im gleichen Umfang die Zinseinkünfte der Minderheit, womit sich das weitere Überwachstum der Geldvermögen ebenso erklärt wie das weitere Zurückfallen der Arbeitseinkommen und ihrer Kaufkraft.

Mit dieser zins- und zinseszinsbedingten "Selbstalimentation der Geldvermögen" (Bundesbank) und der damit verknüpften Kapitaleinkommen öffnet sich jedoch nicht nur weiterhin die Schere zwischen den Einkommen aus Arbeit und Besitz. Vielmehr nimmt mit dem Zwang zu immer höheren Verschuldungen auch jener zu immer höherem Wirtschaftswachstum zu. Da aber die Möglichkeiten für ein ständiges Wirtschaftswachstum in dem erforderlichen Tempo schon lange nicht mehr gegeben sind und die Nachfrage auch auf Grund der zunehmenden Sättigungserscheinungen nicht mehr genügend auszuweiten ist, geraten wir in ein ständig wachsendes Dilemma: Entweder weiter runter mit den Löhnen, ganz gleich ob durch Entlassungen, Lohnsenkungen oder Verlagerungen der Produktion in Billiglohnländer, oder ein Wachstumsschub, mit dem die Mehransprüche des Kapitals bedient werden können. Ein solches Wachstum ist aber kaum noch umzusetzen und schon gar nicht ökologisch zu verantworten.

Fazit:

Die Frage, Arbeitszeiten verlängern oder verkürzen ist letztlich ein Streit um des Kaisers Bart, und der Versuch, mit längerer Arbeit mehr Arbeit zu schaffen, ähnlich illusorisch wie der, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen.

Entweder verteilen wir die Arbeit und den damit verbundenen Lohn mit Hilfe verkürzter Arbeitszeiten auf alle Arbeitswilligen, oder wir halten die Arbeitszeiten und Löhne für die Beschäftigten auf der bisherigen Höhe, bei weiter zunehmender Arbeitslosigkeit. Doch beides ist nur die rechnerische Lösung, die den ständigen Rückgang der Löhne auf Grund der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit nicht berücksichtigt. Zwar versucht sich dieses kapitalistische System mit Hilfe der globalen Ausweitungen noch einmal Luft zu verschaffen, aber auch das geht nur bei immer höheren Opfern für die Arbeitleistenden, in den Entwicklungsländern ebenso wie in unseren Breiten.

Der ungebremste Kapitalismus funktioniert also wie ein Kettenbriefsystem, das ständig größerer Mitspielerzahlen bedarf, oder wie ein Motor, der nur bei ständig größerer Kraftstoffzufuhr läuft - bis er uns eines Tages um die Ohren fliegt.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma gäbe es nur, wenn sich an der nächsten "Bündnis-für-Arbeit"-Runde, neben den Gewerkschaften, Unternehmern und Vertretern der Politik, auch das Geldkapital beteiligen und zum Maßhalten verpflichten würde, und das heißt, dass es sich wie alle anderen mit seinen jährlichen Mehransprüchen an der Entwicklung der Wirtschaftsleistung orientiert. Ist das nicht zu erreichen, steht uns ein bitteres Ende bevor, als erstes wahrscheinlich das unserer Demokratie!